

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/38

25. Februar 1975

Vor der Wahlentscheidung in Berlin

SPD voller Aktivität, Attraktivität und Siegeswillen

Von Dr. Klaus Riebschläger
Stellv. Landesvorsitzender der SPD in Berlin und
Senator für Bau- und Wohnungswesen

Seite 1 und 2 / 81 Zeilen

Berufliche Bildung muß gleichwertig werden

Die Wirtschaft braucht qualifizierten Facharbeiter-
Nachwuchs

Seite 3 und 4 / 88 Zeilen

Die Schulreform geht weiter

NRW kommt trotz allem ein gutes Stück voran

Von Jürgen Girgensehn MdL
Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Seite 5 und 6 / 56 Zeilen

Europa braucht neuen Energiestoß

Zur kritischen Lagebeurteilung durch den Präsidenten
der Europäischen Kommission

Von Ludwig Fellermaier MdB
Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im
Europäischen Parlament

Seite 7 und 8 / 84 Zeilen

Der Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Auch Nordkorea strebt nach Anerkennung

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 9 / 41 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert
5300 Bonn 12, Heinsallee 2-10
Postfach: 180 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telex: 06 89 848-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 378811

Vor der Wahlentscheidung in Berlin

SPD voller Aktivität, Attraktivität und Siegeswillen

Von Dr. Klaus Riebachläger

Stellv. Landesvorsitzender der SPD in Berlin und
Senator für Bau- und Wohnungswesen

Am 2. März 1975 eröffnen die Wahlen zum Abgeordnetenhaus (Landtag) von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen (Gemeindevertretungen) der 12 West-Berliner Bezirke den Reigen der fünf Landtagewahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Sieben Parteien und zwei lokale Wählergemeinschaften stellen sich dem Wähler. SPD, CDU und FDP sind schon bisher mit Mandaten ausgestattet; der Berliner Ableger der SED, die SEW, bewirbt sich erneut; völlig neue Bewerber sind die KPD, der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) und der Bund Freies Deutschland (BFD).

Die SEW führt einen recht geschickten und radikalen Formeln abholenden Wahlkampf; sie versucht, sich als Garant besserer Beziehungen zur DDR und als "Arbeiteropposition" darzustellen. Die marxistische KPD sieht sich als einzige echte kommunistische Partei mit Stoßrichtung gegen die "verbürgerlichte" SEW; sie hat einen bemerkenswerten Akzent durch ihr Bekenntnis zur "Wiedervereinigung Deutschlands unter einer Arbeiterregierung" gesetzt. Der KBW tritt praktisch nicht in Erscheinung. Dagegen hat der BFD in der kurzen Zeit seit seiner Umwandlung in eine Partei eine Vielzahl von Aktivitäten entwickelt, die aufzeigen, daß seine im Bereich von Springer und rechten Grüppchen angesiedelten Ideen des klassischen Antikommunismus von dort umfassende finanzielle und publizistische Unterstützung erfahren.

Die Berliner CDU sieht dies mit Unbehagen, weil ihr auf reine Polemik gegen die SPD in Berlin ("27 Jahre sind genug") und im Bund ("Die Partei, die nicht mit Geld umgehen kann") gerichteter Wahlkampf dadurch unerwartete Konkurrenz erfahren hat. Ihre personelle Blässe versucht sie durch den massiven Einsatz ihrer Bundesprominenz zu überspielen, die sich - 20 Jahre zu spät - als die wirklichen Interessenwahrer Berlins darzustellen sucht. Dagegen hat die FDP sich weitgehend auf kommunale Probleme konzentriert, um den Nachweis zu erbringen, daß sie die Kontrolle gegenüber der "verfilzten" SPD innerhalb des Senats (Landesregierung) übernehmen müsse.

Nur in einem sind sich alle einig: Der SPD die absolute Mehrheit (bisher 50,4 vH der Stimmen) streitig zu machen. Gleichwohl sind nirgendwo bessere Chancen vorhanden, den Trend gegen die SPD zu stoppen, als in Berlin.

Die Berliner SPD hat ihr vor vier Jahren beschlossenes Wahlprogramm in allen wesentlichen Punkten erfüllt und dies in einer "Leistungsbilanz" nachgewiesen. Das Berlin-Abkommen gilt als von ihr angestrebt und akzeptiert und entfaltet trotz einer ungeheuren Hatzkampagne über seine "zu

teuer bezahlten kleinen Vorteile" ganz überwiegend positive Wirkung. Die wirtschaftliche Situation ist im Durchschnitt besser als im Bundesgebiet, auch die Arbeitslosenzahl ist niedriger. Die Parteiorganisation mit ihren 40.000 Mitgliedern ist intakt und beispiellos aktiv. Mit Klaus Schütz steht ein äußerst populärer "Regierender" an der Spitze der Stadt; der Senat ist in seiner Arbeit geschlossen.

Wenn gleichwohl der Ausgang der Berliner Wahl mit einer selten verzeichneten Spannung erwartet wird, dann hat dies andere Gründe. Die allgemeine wirtschaftliche Lage und die damit verbundene Ungewißheit verbreitet in Arbeitnehmerkreisen Unsicherheit. Die Steuerreform hat sich in einer Stadt mit sehr vielen mitarbeitenden Ehefrauen und einer hohen Zahl Geschiedener jedenfalls nicht positiv ausgewirkt. Kommunale Streitpunkte wie der "Kreisel" und das Gefühl, daß die SPD nicht in allen Fällen dem Leistungsprinzip im öffentlichen Dienst Vorrang eingeräumt habe, verursachen Unbehagen - gerade weil niemand die Alternative sieht. Vor allem aber macht das Trommelfeuer der SPD/CDU-verliebten Springer-Presse, die in Berlin absolut das Feld beherrscht, die Voraussagen diesmal schwerer als sonst. Mit Langweile, wie oberflächliche Beobachter des Wahlkampfes dies feststellen zu können glaubten, hat das alles nichts zu tun. Der Kampf um die Wählerstimmen hat sich nämlich verlagert. Die großen Veranstaltungen sind längst nicht mehr entscheidend; Hausbesuche, Frühschoppen, Nachbarchaftsabende und Informationsstände, also arbeitsintensive Aktivitäten, wie sie einer Mitgliederpartei angemessen sind, beherrschen das Feld.

Trotzdem bleibt für den Wahlkampfleiter Rolf Heyen SPD-MdB viel zu tun. Im Zusammenwirken mit Werbeagenturen und zahlreichen journalistischen Mitstreitern beherrscht die Berliner SPD das Feld der Fernseh-, Film-, Plakat- und Anzeigenwerbung qualitativ und quantitativ mit Abstand. Selbst die Gegner beschelnigen der Berliner SPD auf diesem Gebiet deutlichen Vorsprung, genau wie bei den zahlreichen Sympathie-Kleinanzeigen. Die Bundesprominenz hat sich ebenfalls mit Macht eingesetzt. So wäre also der Wahlkampf, der erstmals ohne allzu große finanzielle Sorgen geführt werden konnte, - gewonnen - aber auch die Wahl?

Prognosen werden in Berlin seit Wochen gehandelt. Zunächst ging es darum, ob die SPD wieder siegen würde - diese Phase ist vorbei. Heute geht es nur noch darum, ob der Voreprung reicht, um eigenverantwortlich die Regierung bilden zu können. Die Chance ist vorhanden; ob sie genutzt werden kann, hängt im wesentlichen davon ab, ob die Stammwähler der Sozialdemokratie trotz mancher Mißstimmung den Weg an die Wahlurne finden. Immerhin, die Wahl von Berlin könnte den ersehnten Silberstreif für die Tendenzwende bedeuten - an fehlender Aktivität, Attraktivität oder Siegeswillen der Berliner SPD jedenfalls kann diese Wahl nicht scheitern.

(-/25.2.1975/sgy/ee)

+ + +

Berufliche Bildung muß gleichwertig werden

Die Wirtschaft braucht qualifizierten Facharbeiter-Nachwuchs

Die berufliche Bildung ist in den Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Diskussion gerückt. Dies ist nicht nur der Eindruck, den die Gespräche im Lande vermitteln. Dieser Tage wurde dieser Sachverhalt auch in einer Untersuchung des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft bestätigt. Während 1971 Kindergarten und Vorschule für 58 vH (1972 : 64 vH) der Bevölkerung in der Bundesrepublik bildungspolitische Priorität hatten, stiegen inzwischen die Prozentzahlen derer, die an erster Stelle die berufliche Bildung gefördert sehen wollen. Die Prioritätsmarke für die berufliche Bildung entwickelte sich in den letzten Jahren von 38 vH über 48 vH kontinuierlich auf jetzt 59 vH. Damit hat sich im Bewußtsein der Bevölkerung die berufliche Bildung an die erste Stelle geschoben.

Daran kann abgelesen werden, wie sehr das bildungspolitische Hauptziel von Bundesbildungsminister Helmut Rohde, die Jugendlichen in der Berufsausbildung aus dem Abseits herauszuholen und sie nicht zur "vergessenen Generation" der Bildungsreform werden zu lassen, von einer wachsenden öffentlichen Zustimmung unterstützt wird. Offenbar ist die Mehrheit der Bevölkerung mit uns einer Meinung: Bildungsreform darf nicht länger allein Synonym für die Reform der Gymnasien und Hochschulen sein.

Inzwischen zeichnen sich die im Gesetzentwurf vorgesehenen Instrumentarien ab, mit dem auch bei starken konjunkturellen Schwankungen und tiefgreifenden strukturellen Veränderungen für die Jugendlichen das Angebot von Ausbildungsplätzen besser gesichert werden soll. Ein angebotorientiertes berufliches Ausbildungssystem ist ein wichtiger Eckwert. Denn trotz der starken Ausweitung des übrigen Bildungssektors treten immer noch 75 vH unserer Jugendlichen über die berufliche Bildung in ihr Erwerbsleben.

Es ist ein Bündel von ineinandergreifenden Instrumenten vorgesehen:

- 1/ Die Bundesregierung hat jährlich einen Berufsbildungsbericht vorzulegen. Darin erläutert sie die vorausgegangene und die zu erwartende Entwicklung des Ausbildungsplatzangebots. Das wird unser lange gefordertes "Frühwarnsystem", mit dem wir rechtzeitig auf Veränderungen und neue Tendenzen reagieren können. Die Grundlage für den Bericht ist eine präzise Berufsbildungsstatistik, die mit dem neuen Gesetz eingeführt wird.
- 2/ Wenn der Berufsbildungsbericht zeigt, daß nicht wenigstens 12,5 vH mehr Ausbildungsplätze vorhanden sind als voraussichtlich nachgefragt werden, wird eine Berufsbildungsabgabe erhoben. Sie soll von allen privaten und öffentlichen Arbeitgebern mit einer Lohn- und Gehaltssumme von über 400.000 DM (das entspricht etwa 20 Beschäftigten) im Jahr erhoben werden. Wer darunter liegt, wird nicht zu der Umlage herangezogen.

P/XXX/ 38

- 3/ Das Finanzierungssystem soll durch Rechtsverordnung in Kraft gesetzt werden, wenn der "Überhang" von 12,5 vH beim Ausbildungsplatzangebot unterschritten wird.
- 4/ Die Umlage soll durch die Berufsgenossenschaften eingezogen werden. Das hat den Vorzug, daß im Bedarfsfall aus dem Stand angefangen werden kann, sobald das Gesetz in Kraft ist. Außerdem zeigt das Verfahren, daß der Vorwurf der Bürokratisierung sinnlos ist.
- 5/ Aus der Umlage sollen Maßnahmen zur Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Ausbildungsplätze finanziert werden: a/ Betriebe, die zusätzlich zu den im Durchschnitt der letzten drei Jahre bei ihnen bestehenden Ausbildungsplätzen noch weitere zur Verfügung stellen, bekommen einen finanziellen Zuschuß; ihre Höhe hängt von den durchschnittlichen Nettokosten (Standortkosten) der Berufsgruppen ab. b/ Während der Laufzeit der Finanzierung sollen auch Ausbildungsverträge, die nicht zusätzlich sind, mit einer - wenn auch niedrigeren - Prämie gefördert werden; c/ Überbetriebliche Ausbildungsstätten können aus Mitteln der Umlage unterhalten werden. d/ Für schwerwiegende regionale und sektorale Mängel soll ein "Feuerwehrfond" Mittel zur Verfügung haben, die aus der Umlage kommen.
- 6/ Zur besseren Zusammenarbeit zwischen den an der beruflichen Bildung Beteiligten (Staat - also Bund und Länder, Arbeitgeber und Arbeitnehmer) und zur besseren Abstimmung zwischen den Lernorten der beruflichen Bildung (Betrieb, für dessen Ausbildungsordnungen der Bund zuständig ist; Berufsschule, für deren Rahmenlehrpläne die Länder zuständig sind) wird auf Bundesebene eine Institution geschaffen, an der Arbeitgeber, Arbeitnehmer, die Länder und der Bund gleichgewichtig beteiligt sind. Der Bundesausschuß für Berufsbildung und der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildungsforschung werden in dieser Institution aufgehen, die mit neuen Aufgaben betraut und mit den erforderlichen Arbeitsmöglichkeiten ausgestattet werden soll.
- 7/ Bei allen Diskussionen kam die inhaltliche Verbesserung des beruflichen Bildungssystems leider viel zu kurz, obwohl sie für den einzelnen Jugendlichen wie für die Gesellschaft insgesamt von großer Bedeutung ist.

Die wichtigsten Punkte: - Die Stellung der beruflichen Bildung im Gesamtbildungssystem wird im Sinne der Gleichwertigkeit gestärkt; - Die Ausbildungsordnungen werden verbessert; - Die Tätigkeit der betrieblichen Ausbilder wird gefördert; - Die berufliche Weiterbildung erhält einen neuen Stellenwert, indem sie als offenes System in Teilabschnitte mit Teilabschlüssen (Bausteinensystem) gegliedert wird.

Die Reform der beruflichen Bildung ist notwendig; für die Jugendlichen und für die Gesellschaft im Ganzen. Die Bundesrepublik kann sich nicht als Koalition aus Ungelernten und Akademikern behaupten. Es geht darum, die berufliche Bildung als gleichwertigen Bestandteil des Bildungssystems zu entwickeln und für unsere Wirtschaft genügend qualifizierten Nachwuchs an Facharbeitern zu schaffen.

Peter Otten

(-/ 25.2.1975/ech/ja)

Die Schulreform geht weiter

NRW kommt trotz allem ein gutes Stück voran

von Jürgen Birgensohn MdL

Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Entgegen der ursprünglichen Absicht der Düsseldorfer SPD/FDP-Landesregierung werden die novellierten nordrhein-westfälischen Schulgesetze die Gesamtschule noch nicht gleichberechtigt neben die herkömmlichen Schulformen stellen und die Orientierungsstufe noch nicht gesetzlich verankern. Was bedeutet dies für die Reformpolitik in Nordrhein-Westfalen?

Bei der Gesamtschule ändert die neue Situation überhaupt nichts an den politischen Plänen der Landesregierung für die nächsten Jahre. Schon bei der Einbringung des Gesetzes am 11. Juli 1974 habe ich unmißverständlich gesagt: "Die Versuche dauern an und haben noch nicht einmal einen ganzen Schülerdurchlauf hinter sich. Ich hebe den Eindruck, daß wir noch einige Erfahrungen brauchen." Ministerpräsident Heinz Kühn hat dies beim Landesparteitag der SPD am 8. Dezember 1974 noch einmal mit den Worten bestätigt: "Wir können das Ziel der integrierten Gesamtschule heute und in der nächsten Legislaturperiode noch nicht verwirklichen. Es wird bei der angekündigten Zahl von Gesamtschulversuchen bleiben."

Das Versuchsprogramm der Landesregierung umfaßt 30 Schulen. Davon sind erst 19 errichtet, vier weitere kommen im Schuljahr 1975/1976 hinzu. Mit der Aufnahme der Gesamtschule in die Schulgesetze wollten wir eine Schulform, die bei vollem Ausbau des Gesamtschulversuchs immerhin 45.000 Schüler hat, gleichberechtigt neben die anderen Schulen stellen. Diese Absicht haben unsere Gegner in der Öffentlichkeit verzerrt dargestellt. Sie haben behauptet, die Gesamtschule solle in Nordrhein-Westfalen schon jetzt "Regelschule" werden und die übrigen Schulformen verdrängen. Langfristiges Ziel ist und bleibt freilich tatsächlich die Gesamtschule. Für ihre allgemeine Einführung ist die Zeit aber gegenwärtig und in den kom-

menden Jahren noch nicht reif. Die Gesamtschule ist aus dem Versuchssta-
dium noch nicht heraus.

Bei der Orientierungsstufe liegen die Dinge etwas anders. Nachdem die FDP zunächst für die Orientierungsstufe gewesen war und ihre Minister dem Gesetzentwurf der Landesregierung zugestimmt hatten, änderte sie in letzter Minute leider ihre Position, sodaß mit einer Mehrheit für die Orientierungsstufe nicht mehr zu rechnen war. Als die CDU einer Entscheidung auswich und aus dem Kulturausschuß auszog, blieb den Vertretern der SPD daher nichts anderes übrig, als sich bei der Abstimmung über die Orientierungsstufe der Stimme zu enthalten, um das Gesetz insgesamt in der 2. Lesung nicht in Gefahr zu bringen. Der Vertreter der FDP, nebenbei gesagt sogar ein Anhänger der Orientierungsstufe, war aus Fraktionsdisziplin gezwungen, mit seiner Stimme allein die Orientierungsstufe zu Fall zu bringen.

Dies ist sicherlich bedauerlich, denn damit bleiben wir in diesem Punkt hinter dem Bildungsgeesamplan zurück. Aber an Rückschläge sind Bildungspolitiker gewöhnt. Es gibt keinen Grund zur Resignation, denn das Gesetz enthält auch in der Fassung, die der Landtag voraussichtlich am Donnerstag verabschieden wird, eine Reihe für die Schulreform wichtiger Punkte. Das Stufenprinzip wird gesetzlich abgesichert, die Schulden einer Stufe werden zu engerer Zusammenarbeit verpflichtet, Blockunterricht, Berufsgrundschuljahr, Ganztagschule und Fünftageswoche werden gesetzlich verankert. Trotz allem kommen wir daher mit diesem Gesetz ein gutes Stück voran, wenn auch nicht so weit wie wir gern gekommen wären.

(-/25. Februar 1975/ech/ee)

+ + +

Europa braucht neuen Energiestoß

Zur kritischen Lagebeurteilung durch
den Präsidenten der Europäischen Kommission

Von Ludwig Fellermaier MdB

Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

"Im wesentlichen sehen wir nur Rückschläge und Mißerfolge, unsere Unabhängigkeit verliert an Terrain, unsere Ambitionen werden zurückgeschraubt und auf internationalem Gebiet stehen wir vor einem halben Scheitern." In diesem einen Satz aus der 46 Seiten umfassenden "Regierungserklärung", die der Präsident der Europäischen Kommission, Francois Ortoli, dem Europäischen Parlament vorgelegt hat, wird die ganze Misere des Europas dieser Tage deutlich. "Europa", so erklärte Ortoli, "steht heute, nachdem es sich 30 Jahre über die Folge seiner Energie- und Rohstoffarmut hinwegtäuschte, vor der Wahrheit: Entscheidungszentren und finanzielle Macht haben sich über Nacht verlagert."

Die Sozialistische Fraktion stimmt dieser allgemeinen Lagebeurteilung zu. Die europäischen Sozialdemokraten können aber keine späte Genugtuung darüber finden, daß stets in erster Linie sie es waren, die vor den Folgen einer ungezügelten Wachstumspolitik mit den inzwischen bekannten Folgen gewarnt haben. In das stellenweise selbstmitleidige Wehklagen der konservativen Kräfte, die sich noch immer nicht mit den Folgen der von ihnen verschuldeten Politik abfinden wollen, wird Europas demokratische Linke nicht mit einstimmen. Auch werden sich die Sozialdemokraten nicht an dem Versuch beteiligen, die Schuld für eine fehlgeleitete Politik der 50er Jahre bei künstlich aufgebauten Buhmännern in den arabischen Ländern oder sonstwo zu suchen.

Die Zeichen der Zeit erfordern von den verantwortlichen Politikern eine kühle und nüchterne Einschätzung der Situation und überlegtes Handeln im Verein mit den über die Rohstoffquellen verfügenden Länder. Für die europäischen Sozialdemokraten stehen, wie dies erst jetzt auf dem Treffen der Sozialistischen Internationale in Berlin wieder bestätigt wurde, Vollbeschäftigung und Stabilität der wirtschaftlichen Entwicklung ganz vorne auf ihrer politischen Prioritätenkala. Dieses Ziel kann nur durch einen Interessenausgleich zwischen den Mitgliedern der Neuener-Gemeinschaft und ihren Partnern in der Welt erreicht werden. Die Gesamtbevölkerung in den europäischen Mitgliedsstaaten muß diesen Prozeß tragen.

Darum müssen die arbeitenden Menschen am Willens- und Entscheidungsprozeß in Betrieb, Staat und Gesellschaft angemessen beteiligt werden. Wenn der Präsident der Europäischen Kommission in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Bedeutung der Mitbestimmung hervorhebt, so ist dies zu begrüßen, wenngleich europäische Sozialisten es nicht akzeptieren werden, daß Francois Ortoli eine Gruppe "leitender Angestellte" ausdrücklich erwähnt, was wohl bedeutet, daß ihnen eine Sonderstellung eingeräumt werden soll.

Die europäischen Sozialdemokraten treten 1975 über nationale Grenzen und ideologische Meinungsverschiedenheiten hinweg für die Verwirklichung folgender Prioritäten ein: Stabilität der Arbeitsplätze, Bekämpfung der Inflation, mehr Mitwirkung der Arbeitnehmer und Integration der in die Europäische Gemeinschaft drängenden demokratischen Anrainer-Staaten. Das ist notwendig, damit die Gemeinschaft der europäischen Staaten zur Vertiefung und zur Vervollständigung kommt. In den Außenbeziehungen muß die Gemeinschaft jene Anstrengungen unternehmen, die Europa den ihm gebührenden Platz in der Welt einräumen. Die Regelung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten steht dabei an erster Stelle.

Der europäische Gedanke selbst muß in den Mitgliedstaaten einen neuen Schub an politischer Energie gewinnen. Die Direktwahlen im Jahre 1978 und ein europäischer Wahlkampf werden sicher dazu beitragen. Vor Illusionen aber ist zu warnen: Die europäischen Sozialdemokraten haben im Zusammenhang mit den Direktwahlen immer auf die Bedeutung erweiterter Befugnisse für das Parlament hingewiesen. Die Staats- und Regierungschefs haben auf dem "Pariser Gipfel" dem belgischen Premierminister Tindemans mit der Vorlage eines Berichts zur Europäischen Union beauftragt. Diese Tatsache und die Wahlen von 1978 bringen die europäischen Parteien in Zugzwang. Nach ehe der Tindemans-Bericht vorliegt und der europäische Wahlkampf beginnt, müssen die europäischen Parteien sich auf ein Minimalprogramm verständigen. Die Sozialdemokraten haben mit diesem Werk bereits begonnen.

(-/25.2.1975/hgy/ee)

+ + +

Der Auslandskommentar des SPD-Pressedienstes

Auch Nordkorea strebt nach Anerkennung

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Karl Moersch, hatte vor kurzem noch einmal deutlich gemacht, daß die Bundesrepublik mit allen Ländern diplomatische Beziehungen wünscht, daß aber die Frage ihrer Aufnahme in dem einen oder anderen Falle etwas Zeit braucht.

Zu diesen Ländern gehören Nordkorea und Nordvietnam. Inzwischen ist aber wohl deutlich geworden, daß auch Nordkorea in stärkerem Umfang diplomatische Beziehungen mit der übrigen Welt anstrebt, obwohl das Land nicht bereit ist, einer Aufnahme beider Koreas in die Vereinten Nationen zuzustimmen, im Gegensatz zu Südkorea, das im Sinne der deutschen Lösung votiert. Die Staats- und Parteifunktionäre Nordkoreas haben 1974 umfangreiche Reisen nach Pakistan, Burma, Peking, Thailand, in die DDR, nach Liberia, Nepal und Polen unternommen. Dies dürfte neben dem Interesse an einer Steigerung des Handelsaustauschs vor allem auf den Wunsch nach einer stärkeren internationalen Aufwertung zurückzuführen sein. Auch ausländische Besucher statteten Nordkorea Besuche ab. Am 5. März 1974 traf Algeriens Präsident Boumedienne in Pyönggyang zu einem offiziellen Besuch ein. Vom 13. bis 16. Mai hielt sich Senegals Präsident Senghor in Nordkorea auf. Am 10. Juli traf der indonesische Außenminister Malik ein. Zahlreiche weitere ausländische Delegationen hielten sich im Berichtszeitraum in Nordkorea auf.

Die Beziehungen Nordkoreas zur Sowjetunion und China scheinen sich in dieser Zeit etwa gleichgewichtig entwickelt zu haben. Haupthindernis für eine Intensivierung der Beziehungen zu diesen beiden Staaten ist Nordkoreas negative Beurteilung der Entspannungspolitik. Die Haltung Nordkoreas gegenüber den Vereinigten Staaten ist weiterhin feindselig. Dagegen scheint sich trotz anti-japanischer Polemiken in der Presse das Verhältnis zu Japan etwas gebessert zu haben.

Inzwischen hat Nordkorea mit weiteren Staaten diplomatische Beziehungen aufgenommen (Guinea-Bissau 16. März, Nepal 15. Mai, Guyana 10. Mai, Laos 25. Juli, Australien 31. Juli, Österreich 12. Dezember und Schweiz 19. Dezember 1974). Mit Peru wurde am 14. Juli 1974 die Errichtung einer Handelsvertretung vereinbart. Nordkorea unterhält mittlerweile mit 68 Staaten diplomatische Beziehungen. Insbesondere im Fall der Schweiz gingen zweijährige zähe Verhandlungen voraus, deren Ergebnis lediglich darin besteht, daß die Schweiz voraussichtlich ihren Botschafter in Peking gleichzeitig in Pyönggyang akkreditieren wird. Ob und wann Nordkorea eine Botschaft in Bern eröffnen wird, ist noch ungewiß. Der Hauptschwerpunkt der Beziehungen zwischen der Schweiz und Nordkorea soll im Aufbau von Fertigungszentren auf dem Sektor der Uhren- und Instrumentenindustrie liegen.

Im multilateralen Bereich wurde am 29. Mai 1974 Nordkorea in der Weltpostverein aufgenommen. Pyönggyang hat außerdem bereits Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen und ist Mitglied der WHO und UNCTAD.

(-/25.2.1975/ri/es)

* * *